Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionsvorschau Sommersession 2026 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der kommenden Sommersession 2026 berät das Parlament mehrere Vorlagen mit direkter Bedeutung für die Rechte und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen.

Der **Nationalrat** behandelt gleich mehrere Geschäfte im Bereich des digitalen Raumes. Mit der Motion 25.4623 «Massnahmenplan für eine wirksame Bekämpfung der Cyberpädokriminalität» soll der Bundesrat gemeinsam mit Kantonen, Fachorganisationen und Branchenvertreter*innen koordinierte Massnahmen in den Bereichen Prävention, Früherkennung, Strafverfolgung und Gesetzgebung ausarbeiten. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion. Die Motion 25.4692 «Besserer Schutz für junge Menschen vor einer Radikalisierung» beauftragt den Bundesrat, eine Strategie zur Bekämpfung der Online-Radikalisierung von Minderjährigen zu entwickeln. Der Bundesrat beantragt auch hier die Annahme der Motion und will das Anliegen in den nächsten Nationalen Aktionsplan ab 2028 einfliessen lassen. Die Motion 25.4306 «Pflicht zur Meldung kinderpornografischer Inhalte im Internet» verlangt eine gesetzliche Meldepflicht für Hosting- und Cloud-Anbieter, Online-Plattformen, Internet-Provider sowie Fachpersonen bei Verdacht auf kinderpornografische Inhalte. Der Bundesrat teilt das Anliegen, weist aber auf offene Fragen beim Berufsgeheimnis hin und beantragt dementsprechend die Ablehnung des Geschäftes.

Zudem wird im Nationalrat die parlamentarische Initiative 23.406 «Starke Familien durch angepasste Zulagen» von Marc Jost (EVP, Bern) diskutiert, die eine Erhöhung der Kinderzulage fordert. Die vorberatende Kommission des Nationalrates (SGK-N) beantragt knapp, mit Stichentscheid der Präsidentin, die Initiative abzuschreiben.

Auch der **Ständerat** berät in der Sommersession ein wichtiges Geschäft bezüglich des digitalen Raumes: Die Motion 26.3242 «Kinder- und Jugendschutz auf digitalen Plattformen» von Ständerätin Gmür (Mitte, Luzern) beauftragt den Bundesrat, gesetzliche Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor systemischen Risiken durch grosse digitale Plattformen und Suchmaschinen einzuführen. Konkret sollen Plattformbetreibende verpflichtet werden, gesellschaftliche Risiken für Minderjährige regelmässig zu analysieren und zu minimieren. Personalisierte Werbung sowie profilbasierte Empfehlungssysteme, die auf Aufmerksamkeits- und Interaktionsmaximierung ausgerichtet sind, sollen bei erkennbar minderjährigen Nutzenden verboten werden. Dieselben Schutzpflichten sollen auch für generative KI-Anwendungen wie Chatbots und Bildgeneratoren gelten. Der Bundesrat hat sich zur Motion noch nicht geäussert.

Ebenfalls im Ständerat traktandiert ist die Vorlage des Bundesrates zur Erleichterung der Stiefkindadoption. Kinder, die seit Geburt mit einem rechtlichen Elternteil und einem Wunschelternteil zusammenleben, sollen künftig rascher adoptiert werden können. Der Nationalrat hat die Vorlage angenommen und dabei gegenüber dem Bundesratsentwurf weitergehende Anpassungen beschlossen: Statt auf das Kriterium des gemeinsamen Haushalts soll eine auf Dauer angelegte Elternschaft mit gemeinsamer Verantwortung massgeblich sei. Zudem sollen Adoptionsgesuche bereits vor der Geburt eingereicht werden können und in der Regel innert sechs Monaten entschieden werden. Die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt jedoch, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Dies mit dem Auftrag, sie in die laufende Revision des Abstammungsrechts zu integrieren und als Gesamtpaket vorzulegen.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: Nationalrat | Ständerat

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
01.06.2026	02.06.2026	03.06.2026	04.06.2026	05.06.2026

Motion

Flach Beat

Gezielte Aufnahme besonders vulnerabler Personen aus dem Gaza streifen ermöglichen

25.4113

Motion

Tschopp Jean

Pflicht zur Meldung Kindepornografischer Inhalte im Internet

25.4306

Motion

Bulliard-Marbach Christine

Massnahmenplan für eine (endlich!) wirksame Bekämpfung der Cyber-pädokriminalität

25.4623

Motion

De Quattro Jacqueline

Besserer Schutz für junge Menschen vor einer Radikalisierung

25.4692

Postulat

Jaccoud Jessica

Berücksichtigung von Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung bei Entscheidungen über die Elternrechte

25.4226

Motion

Friedli Esther

Kein Familiennachzug bei Stellvertreterehen

25.4039

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
01.06.2026	02.06.2026	03.06.2026	04.06.2026	05.06.2026

Motion

Gmür Andrea

Kinder- und Jugendschutz auf digitalen Plattformen

26.3242

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
08.06.2026	09.06.2026	10.06.2026	11.06.2026	12.06.2026

Motion

Funiciello Tamara

Betroffene schützen. Strafverfolgungs-behörden aus- und weiterbilden

24.3676

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
15.06.2026	16.06.2026	17.06.2026	18.06.2026	19.06.2026
			Standesinitiative Tessin **Kündigungsschutz für Adoptivmütter** 24.318	**Parl. Initiative** Jost Marc **Starke Familien durch angepasste Zulagen** 23.406

Sessionswoche 3

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
15.06.2026	16.06.2026	17.06.2026	18.06.2026	19.06.2026
		Motion Kommission für Rechtsfragen Nationalrat **Kein Verbot von inter-tionalen Adoptionen** 25.3430 **Geschäft des Bundesrates** **Schweizerisches Zivilge-setzbuch. Änderung (Erleichterte Stief-kindadoption)** 25.073		

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Übersicht über die relevanten Geschäfte der Sommersession 2026

Geschäft des Bundesrates **25.073**

Schweizerisches Zivilgesetzbuch. Änderung (Erleichterte Stiefkindadoption)

Die Stiefkindadoption soll erleichtert werden. Kinder, die seit Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und mit dem Wunschelternteil zusammenleben, sollen vom Wunschelternteil schneller adoptiert werden können. Damit wird der gesellschaftlichen Entwicklung und der Vielfalt moderner Familienformen besser Rechnung getragen. An seiner Sitzung vom 12. September 2025 hat der Bundesrat die entsprechende Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) verabschiedet.
Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-N) hat die Detailberatung zur Vorlage des Bundesrates zur erleichterten Stiefkindadoption am 13.02.2026 durchgeführt. Sie beantragt ihrem Rat mit 16 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung, auf das Kriterium des gemeinsamen Haushalts zu verzichten und dafür den Ansatz einer auf Dauer angestrebten Elternschaft mit gemeinsamer Verantwortung für das Kind aufzunehmen. Im Weiteren beantragt die Kommission mit 15 zu 7 Stimmen, dass das Gesuch um erleichterte Adoption bereits vor der Geburt des Kindes eingereicht werden kann. Mit 16 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung beantragt sie, dass eine rasche Bearbeitung des Adoptionsgesuchs angestrebt wird und der Entscheid in der Regel innert sechs Monaten nach Einreichung des vollständigen Gesuchs ergehen soll. In der Gesamtabstimmung hat die Kommission die Vorlage mit 16 zu 8 Stimmen angenommen. Eine Minderheit beantragt Nichteintreten. Der Nationalrat nahm die Vorlage mit 121 zu 55 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Die vorberatende Kommission (RK-S) trat knapp auf die Vorlage ein, beantragt dem Ständerat aber mehrheitlich, sie an den Bundesrat zurückzuweisen. Dies mit dem Auftrag, die Vorlage in die laufende Revision des Abstammungsrechts zu integrieren und als Gesamtpaket vorzulegen.

Motion **26.3242**

Kinder- und Jugendschutz auf digitalen Plattformen

Mit der Motion Gmür (Mitte, Luzern) wird der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Massnahmen einzuführen, um Kinder und Jugendliche vor systemischen Risiken durch grosse digitale Plattformen und Suchmaschinen zu schützen. Dabei sind konkret Massnahmen zur Risikoanalyse und -minimierung, zu Werbe- und Algorithmenverboten und zu KI-Regulierungen vorgesehen. Plattformbetreibende sollen regelmässig prüfen müssen, ob ihre Produkte gesellschaftliche Risiken für Minderjährige verstärken (z. B. illegale Inhalte, Suchtverhalten), und entsprechende Gegenmassnahmen ergreifen müssen. Personalisierte, datenbasierte Werbung soll verboten werden, sobald die Nutzende erkennbar minderjährig sind. Zusätzlich sollen auch profilbasierte Empfehlungssysteme, die auf Aufmerksamkeits- und Interaktionsmaximierung ausgerichtet sind, bei Minderjährigen nicht eingesetzt werden dürfen. Dieselben Schutzpflichten sollen auch für generative KI-Anwendungen (Chatbots, Bildgeneratoren, AI Companions) gelten. Der Bundesrat hat zu diesem Geschäft noch nicht Stellung bezogen. Die Motion ist in der Sommersession 2026 im Ständerat traktandiert.

Motion **25.4623**

Massnahmenplan für eine (endlich!) wirksame Bekämpfung der Cyberpädokriminalität

Die Motion von Bulliard-Marbach (Mitte, Freiburg) beauftragt den Bundesrat, gemeinsam mit Kantonen, Fachorganisationen und Branchenvertretern koordinierte Massnahmen gegen Cyberpädokriminalität in den Bereichen Prävention, Früherkennung, Strafverfolgung und Gesetzgebung auszuarbeiten. Geforderte Massnahmen umfassen u.a. Sensibilisierung der Bevölkerung, Förderung innovativer Präventionsansätze, ein nationales Koordinationsgefäss aller relevanten Akteure (Strafverfolgung, Plattformbetreiber, Beratungsstellen, Zivilgesellschaft) sowie eine Bundestaskforce zum Thema. Der Bundesrat sprach sich in seiner Stellungnahme im Februar 2026 für die Motion aus und beantragte die Annahme. Diese Motion war bereits in der Frühlingssession des Nationalrates traktandiert. Nationalrat Glarner (SVP, Aargau) bekämpfte die Vorlage jedoch, womit die Diskussion verschoben wurde. Nun ist das Geschäft in der Sommersession 2026 im Nationalrat traktandiert.

Motion **25.4692**

Besserer Schutz für junge Menschen vor einer Radikalisierung

Die Motionärin De Quattro (FDP, Waadt) beauftragt den Bundesrat, eine Strategie zur Bekämpfung der Online-Radikalisierung von Minderjährigen zu entwickeln. Dies vor dem Hintergrund, dass Soziale Netzwerke, Gaming-Plattformen (z.B. Roblox) und verschlüsselte Kanäle wie Telegram, Radikalisierungsprozesse extrem beschleunigen. Auch die Schweiz ist betroffen: Ein Minderjähriger wurde wegen Vorbereitung eines Terroranschlags verhaftet, andere nach Indoktrination über Spielplattformen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion und betont in seiner Stellungnahme insbesondere, dass dieses Anliegen in den nächsten Nationalen Aktionsplan ab 2028 aufgenommen werden soll. Die Vorlage war im Nationalrat bereits für die Frühlingssession 2026 traktandiert. Nationalrat Knutti (SVP, Bern) bekämpfte diese jedoch und die Diskussion wurde somit verschoben. In der Sommersession 2026 ist das Geschäft nun erneut im Nationalrat traktandiert.

Motion **25.4306**

Pflicht zur Meldung kinderpornografischer Inhalte im Internet

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit jeder Verdacht auf kinderpornografische Inhalte im Internet der Polizei oder einer Fachstelle gemeldet wird. Eine Meldepflicht soll für Hosting- und Cloud-Anbieter, Online-Kommunikationsplattformen sowie Internet-Provider und Fachpersonen gelten, die im Rahmen ihrer Tätigkeit mit Verdachtsfällen konfrontiert sind.
Der Bundesrat teilt das Anliegen der Motion, Pädokriminalität noch gezielter und wirksamer zu bekämpfen. Bei einer wortgetreuen Umsetzung der Motion – mit einer Ausweitung von Meldepflichten auch auf Fachpersonen – wären aber aller Voraussicht nach Ausnahmen vom Berufsgeheimnis nach Art. 321 des Strafgesetzbuchs (SR 311.0) und anderen gesetzlichen Schweigepflichten gemäss Art. 11 Opferhilfegesetz (SR 312.5) erforderlich. Diesem Aspekt in Bezug auf Fachpersonen müsste eine vollständige Umsetzung der Motion gebührend Rechnung tragen. Die Motion war im Nationalrat in der Wintersession 2025 bekämpft, daher wurde die Diskussion verschoben. Nun ist das Geschäft für die Sommersession 2026 traktandiert.

Postulat 25.4226

Berücksichtigung von Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung bei Entscheidungen über die Elternrechte

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob es eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen braucht, um Artikel 31 der Istanbul-Konvention umzusetzen. Dabei geht es insbesondere darum sicherzustellen, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und die Zivilgerichte in den Trennungs-, Scheidungs- und Eheschutzverfahren systematisch prüfen, ob es schon früher zu Fällen von Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung gekommen ist, die anderen Behörden möglicherweise bekannt sind. Zudem sollen sie bei der Zuteilung der elterlichen Sorge, beim Festlegen des Besuchsrechts und bei der Regelung des persönlichen Verkehrs Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung systematisch mitberücksichtigen.
Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates. Das Postulat war am 19.12.2025 im Nationalrat bekämpft, daher wurde die Diskussion verschoben und ist nun erneut traktandiert. Nun ist das Geschäft für die Sommersession 2026 traktandiert.

Parlamentarische Initiative 23.406

Starke Familien durch angepasste Zulagen

Die parlamentarische Initiative, eingereicht durch Marc Jost (EVP, Bern), verlangt eine Erhöhung der gesetzlichen Mindestansätze für Familienzulagen: die Kinderzulage soll von 200 auf 250 Franken pro Monat und die Ausbildungszulage von 250 auf 300 Franken pro Monat steigen. Begründet wird dies mit dem gestiegenen Finanzbedarf von Familien, der Teuerung der letzten Jahre sowie dem verfassungsmässigen Auftrag des Bundes, die Bedürfnisse der Familie zu berücksichtigen. Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat gaben der Initiative im Jahr 2024 Folge. Die vorberatende Kommission des Nationalrates (SGK-N) beantragt nun jedoch mit einem knappen Entscheid von 12 zu 12 Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin, die Initiative abzuschreiben und auf eine Erhöhung der Familienzulagen zu verzichten. Die Kommissionsmehrheit stützt sich dabei auf eine negativ ausgefallene Vernehmlassung, in der insbesondere der «Giesskannencharakter» der Vorlage kritisiert wurde. Die Kommissionsminderheit hingegen betont den realen Kaufkraftverlust, den Familien durch steigende Krankenkassenprämien, Mieten und die allgemeine Teuerung erlitten haben.

Standesinitiative 24.318

Kündigungsschutz für Adoptivmütter

Mit vorliegender Standesinitiative wird die Bundesversammlung aufgefordert, Adoptivmütter und leibliche Mütter rechtlich gleichzustellen und die Kündigungsschutzfrist entsprechend anzupassen. Adoptivmütter haben derzeit keinen Kündigungsschutz, obwohl sie mit ähnlichen Belastungen konfrontiert sind wie leibliche Mütter, was zu einer ungerechten Ungleichbehandlung führt. Deshalb soll der Kündigungsschutz für Adoptivmütter an denjenigen für leibliche Mütter angeglichen werden.
Das Geschäft wurde im Oktober 2025 in der zuständigen Kommission RK-S vorberaten. Es wurde mit 7 zu 5 Stimmen beantragt, der Standesinitiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit beantragte, der Initiative Folge zu geben. Der Ständerat beschloss knapp mit 22 zu 21 Stimmen bei einer Enthaltung, der Standesinitiative – gemäss dem Antrag der Kommissionsminderheit – Folge zu geben. Das Geschäft geht somit an den Nationalrat und ist für die Sommersession 2026 traktandiert. Die vorberatende Kommission des Nationalrates (RK-N) beantragt mit 14 zu 9 Stimmen die Ablehnung der Standesinitiative.

Motion 24.3676

Betroffene schützen. Strafverfolgungsbehörden aus- und weiterbilden

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um in der Schweiz alle Strafverfolgungsbehörden Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte zu kontinuierlichen Aus- und Weiterbildungen zu sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt zu verpflichten.
Der Bundesrat lehnt die Motion ab, weil die Aus- und Weiterbildung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten in der Zuständigkeit der Kantone liegt. Mit dem Postulat 21.4215 wurde er bereits beauftragt zu prüfen, ob obligatorische Schulungen zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt eingeführt werden sollen; der entsprechende Bericht soll bis Ende 2025 vorliegen.
Zudem laufen bereits Massnahmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Istanbul-Konvention sowie der Roadmap gegen häusliche Gewalt, um Sensibilisierung und Fachwissen zu stärken. Gesetzesänderungen seien daher verfrüht, bevor die Ergebnisse dieser Prüfung vorliegen. Der Nationalrat nahm die Motion in der Frühlingsession 2026 als Erstrat mit 96 gegen 89 Stimmen bei 5 Enthaltungen an. Die vorberatende Kommission des Ständerates (RK-S) beantragt mit 8 zu 3 Stimmen die Motion abzulehnen.

Motion 25.4113

Gezielte Aufnahme besonders vulnerabler Personen aus dem Gazastreifen ermöglichen

Der Bundesrat wird aufgefordert, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um besonders vulnerable Personen aus dem Gazastreifen, wie verletzte Kinder und Waisenkinder, in die Schweiz zu bringen, ihnen hier medizinische Versorgung zu ermöglichen oder ihnen Schutz und Aufenthalt zu gewähren. Dabei sind insbesondere die bestehenden praktischen Zugangshindernisse zu überwinden, die derzeit eine Antragstellung für humanitäre Visa faktisch verunmöglichen.
Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates. Das Postulat war am 19.12.2025 im Nationalrat bekämpft, daher wurde die Diskussion verschoben und ist nun erneut traktandiert. Die Motion war in der Frühlingssession 2026 zwar traktandiert, wurde aber nicht behandelt und somit verschoben. Die Motion ist nun für die Sommersession 2026 traktandiert.

Motion 25.3430

Kein Verbot von internationalen Adoptionen

Die Motion fordert den Bundesrat auf, seinen Grundsatzentscheid zum Verbot internationaler Adoptionen rückgängig zu machen und stattdessen einen reformierten Rechtsrahmen zu schaffen, der internationale Adoptionen weiterhin ermöglicht, aber mit stärkeren Kontrollmechanismen und mehr Transparenz ausgestattet ist. Zudem soll das Recht Adoptierter auf Kenntnis ihrer Abstammung gestärkt werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Gestützt auf den Schlussbericht einer Expertengruppe ist der Bundesrat überzeugt, dass selbst tiefgreifende Reformen künftige Missbräuche nicht ausschliessen könnten und dem Kindeswohl nicht ausreichend Rechnung tragen würden. Das EJPD wurde beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage mit zwei Varianten des Verbotes auszuarbeiten. So soll eine breite gesellschaftliche Diskussion ermöglicht werden. In der Herbstsession 2026 nahm der Nationalrat die Motion an. In der Wintersession 2025 nahm der Ständerat die Motion ebenfalls, allerdings mit einer Änderung, an. In der Frühlingsession 2026 hielt der Nationalrat an der ursprünglichen Motion fest. Nun ist die Motion in der Sommersession 2026 im Ständerat traktandiert. Die vorberatende Ständeratskommission (RK-S) beantragt mit 9 zu 4 Stimmen die Ablehnung der Motion. Die Kommission weist dabei auf die Absicht des Bundesrates hin, in der Vernehmlassungsvorlage auch eine Reform des Rechtsrahmes zur internationalen Adoption zur Diskussion zu stellen.

Motion 25.4039

Kein Familiennachzug bei Stellvertreterehen

Die Motion fordert den Bundesrat auf, den Familiennachzug für Personen zu verbieten, die in Abwesenheit mindestens eines Ehegatten («Stellvertreterehe») verheiratet wurden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, mit der Begründung, dass ein solches Verbot gegen die Bundesverfassung (Art. 13), die EMRK (Art. 8) und allenfalls das Personenfreizügigkeitsabkommen verstossen, da es keine Einzelfallprüfung erlauben würde. Eine solche pauschale Einschränkung des Rechts auf Familienleben wäre unverhältnismässig. Der Ständerat nahm die Motion in der Wintersession 2025 an. Nun ist das Geschäft in der Sommersession 2026 im Nationalrat traktandiert. Die vorberatende Kommission (SPK-N) beantragt mit 14 zu 11 Stimmen, die Motion anzunehmen. Eine Minderheit der Kommissionsmitglieder lehnt dies als grundrechtswidrig und unverhältnismässig ab.

Motion 24.4637

Rückzahlung der Ausbildungs- und Studienkosten als Anreiz für höheres Pensum

Die Motion Gafner (EDU, Bern) fordert, dass Hochschulabsolventen ihre staatlich finanzierten Ausbildungskosten zurückzahlen müssen, wenn sie nach dem Studium kein Arbeitspensum von mindestens 80% aufnehmen. Der Motionär begründet dies mit der angespannten Bundesfinanzlage und dem Leistungsprinzip. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung er Motion. In seiner Stellungnahme führt der Bundesrat zwei Schwerpunkte auf: Erstens liegt die Stipendienvergabe primär in der Kompetenz der Kantone. Zweitens wäre eine bundesrechtliche Vorgabe zur generellen Rückzahlbarkeit kompetenzrechtlich problematisch und würde den Rahmen der Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes sprengen. Ausserdem fügt der Bundesrat an, dass die Vollzeiterwerbsquote von Hochschulabsolventen bei 85% liegt, womit das Problem begrenzt ist. Das Geschäft ist in der Sommersession 2026 im Nationalrat traktandiert.